

Der DDR-Arzneimittelskandal verfolgt Betroffene bis heute

Ein verunreinigter Impfstoff infizierte 1978 tausende Schwangere mit Hepatitis C: Für eine heute 64-jährige Frau begann damals eine lange Leidensgeschichte.

Von Lisa Schliep

Leipzig. Es sollte ein Weihnachtsfest voller Freude werden. Für sie, ihren Mann und die Zwillinge. Stattdessen beginnt für Andrea H.* im Winter 1978 ein Martyrium, das sie nicht mehr loslassen wird.

Die heute 64-Jährige wurde kurz nach ihrer Schwangerschaft mit Hepatitis C infiziert. Sie teilt ihr Schicksal mit etwa 7000 anderen Frauen aus der DDR, viele davon aus Sachsen. Sie alle bekamen eine Spritze, die eigentlich dabei helfen sollte, die Mütter und ihren potenziellen Nachwuchs zu schützen.

Diese Anti-D-Immunprophylaxe soll Abstoßungsreaktionen gegen Neugeborene mit einer anderen Rhesusgruppe als die der Mutter verhindern. Doch der Impfstoff war verunreinigt, was den Verantwortlichen schon von Produktionsbeginn an bekannt war. Andrea H. bekam die Spritze trotzdem zwei Tage nach der Geburt in den Arm und wurde so zum Opfer einer Arzneimittelstraftat, die hätte verhindert werden können.

Jedes Jahr im Dezember holen die gebürtige Thüringerin die Erinnerungen mit besonderer Wucht ein.

„

Ich habe gelernt, damit zu leben, aber vergessen kann ich es nicht.

„Ich habe gelernt damit zu leben, aber vergessen kann ich es nicht.“ Sie war damals 23 Jahre alt. Gerade in den Endzügen ihres Studiums in Leipzig und hochschwanger. Beseelt vor Glück über die noch ungeborenen Zwillinge. „Ich hatte immer einen großen Kinderwunsch.“ Dann der Schock: Die Kinder kamen viel zu früh zur Welt. Innerhalb weniger Tage verstarben beide. „Ich wollte mich danach einfach beschäftigen. Irgendwie weitermachen.“ Eine Zeit, von der die heute 64-Jährige sagt, dass sie körperlich und geistig alles von ihr abverlangte.

„Mitwisser gab es viele“

Einige Tage später stand dann eine Mitarbeiterin der Bezirkshygiene vor der Tür. „Sie haben eine Krankheit“, so oder so ähnlich dürfte die knappe Aussage gelaute haben, die tausende Betroffene zu hören bekamen, ehe sie für Wochen isoliert wurden. Bei Andrea H. war es nicht anders. Florian Steger hat mit vielen Betroffenen über jene Erlebnisse gesprochen und die Geschichte wissenschaftlich aufgearbeitet. Daraus



Verunreinigter Impfstoff führte in den 1970er-Jahren zur massenhaften Infektion von Schwangeren mit Hepatitis C (Symbolfoto).

FOTO: KARL-JOSEF HILDENBRAND/DPA

erwachsen ist 2017 eine Studienreihe mit dem Titel „Vertuschter Skandal. Die kontaminierte Anti-D-Prophylaxe in der DDR 1978/1979 und ihre Folgen“. Der Medizinhistoriker und Uniprofessor forscht zum Unrecht in politisierter Medizin und ist überzeugt, das in diesem Fall staatliche Interessen über den Schutz des Einzelnen gestellt wurden. „Mitwisser gab es viele. Doch die Verantwortung wurde einfach immer weitergegeben. Getan hat niemand etwas.“ Steger meint damit den Hersteller, Aufsichtsbehörden und das Gesundheitsministerium. „Der Stolz über den eigenen medizinischen Versorgungsapparat war offenbar zu groß. Im Einzelfall war es sicher auch die Sorge um die Karriere, die zum Schweigen brachte.“ Schon im Frühjahr fiel am Institut für Blutspende- und Transfusionswesen in Halle, wo der Impfstoff für das gesamte DDR-Gebiet entwickelt wurde, auf, dass Blutplasma von Hepatitis-Kranken verwendet worden war. Monate bevor Andrea H. die folgenschwere Injektion bekam.

„Ich habe das nicht hinterfragt. Es hieß: Sie brauchen die Spritze zum Schutz und ich wusste, dass das üblich war“, erinnert sich die 64-Jährige an den Moment, als man bei ihr die Nadel ansetzte. Tage später, nach dem Tod der Zwillinge, sollte sie wieder in einem Krankenhaus landen. Auf der Infektionsstation. Ein trauernde Mutter aus dem häuslichen Umfeld gerissen. Ohne Informationen. „Ich wurde isoliert, und das über Wochen. Ehe mal jemand mit der Sprache rausrückte, vergingen Tage.“ Unzählige junge Frauen tum-

melten sich auf der Station. Man kam ins Gespräch. Die Geschichten waren ähnlich. Allesamt waren sie zur ähnlichen Zeit schwanger. Häufig mit verheerenden Leberwerten. „Wir hatten so immerhin einander“, betont Andrea H. „Besuch war ja nicht möglich.“

Harter Neustart ins Leben

Viele Frauen hatten so über Wochen keinen Kontakt zu ihrer Familie. Ihren Neugeborenen. „Das muss schwer gewesen sein, weg vom Kind“, sagt die 64-Jährige. Wie

„

Ich habe das nicht hinterfragt. Es hieß: Sie brauchen die Spritze zum Schutz.

schwer es war, nach dem Verlust ihrer Kinder auch noch krank zu sein, liegt unausgesprochen in ihrem Blick versiegelt. Durchs Fenster hatte sie zumindest gelegentlich Sichtkontakt zu ihrem Mann. Ein kleiner Strohalm.

Mit der Zeit häuften sich die Fälle so stark, dass die Politikaste einen Schuldigen brauchte. Es traf den damaligen Institutsleiter in Halle, Wolfgang Schubert. „Ein waschechter Bauernopferprozess“, meint Steger. „Mit der Verurteilung ist die Geschichte lange vom Tisch gewesen.

Erst nach der Wiedervereinigung kam es nach und nach zur Aufklärung.“

Seit über 30 Jahren kämpft Andrea H. um ihre Gesundheit. Und um einen Neustart ins Leben. Privat ist ihr gelungen. Entgegen ärztlichem Rat hat sie Jahre später zwei Kinder zur Welt gebracht. Beide kerngesund. Inzwischen ist sie vierfache Oma. Beruflich kam sie jedoch nie wieder richtig auf die Beine. Nachdem ihr 1994 gekündigt wurde, fand sie keine feste Anstellung mehr. „Meine Erkrankung hat es unmöglich gemacht, auf dem Arbeitsmarkt zu bestehen.“

Doch Andrea H. versuchte positiv zu bleiben. Wirkte mit bei der Gründung des Vereins AntiD-HCV-Geschädigter, der Betroffene vernetzt. Darauf ist sie stolz. „Meine Rente ist trotzdem kaum der Rede wert.“ Sie ist auf Entschädigungszahlungen des Staates angewiesen, eine Ausgleichsleistung nach dem AntiD-Hilfegesetzes. Jedoch in ungerechter Verteilung, so die Kritik der 64-Jährigen. Sie selbst habe zudem Angst, dass ihr das Geld gestrichen wird, weil sie, dank einer antiviralen Therapie, als virenfrei gilt. Das sei nicht gerecht. Sie habe eben nicht nur ein Virus. Sondern ein Trauma.

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) kündigte kürzlich eine Gesetzesinitiative an, wonach Betroffene auch bei erfolgreicher Bekämpfung des Virus weiter Entschädigungsleistungen erhalten. Die Änderungen sollen rückwirkend ab Januar 2018 greifen.

Info *Name von der Redaktion geändert.